

Pressecommuniqué

Dringender Aufruf an den Ständerat für ein Moratorium über die Ratifizierung des Freihandelsabkommens mit Kolumbien

Der Ständerat schickt sich an, am Donnerstag den 24. September 2009 das Freihandelsabkommen mit Kolumbien zu ratifizieren. Den diesbezüglichen Einwänden und dem Widerstand einer grossen Zahl von Schweizer Nichtregierungsorganisationen wurden im Ratifizierungsprozess keine Beachtung geschenkt.

Mit grossem Erstaunen haben wir zur Kenntnis genommen, dass diese Ratifizierung wie eine reine Formalität vonstatten gehen soll, wo es sich doch um einen sehr schwerwiegenden Staatsakt handelt: **Die Schweiz wäre das erste Land, das ein derartiges Abkommen mit einem Land ratifiziert, wo der Respekt der grundlegendsten Menschenrechte nur auf dem Papier existiert!**

Tatsächlich sind Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien etwas alltägliches und bleiben in aller Regel straffrei. Wie verschiedene Berichte von UNO – Organen belegen, sind die kolumbianische Regierung und deren Sicherheitskräfte direkt in Menschenrechtsverletzungen verwickelt oder tragen eine klare Mitverantwortung.

Die Annahme, dass ein Freihandelsabkommen, das unter solchen Bedingungen zustande gekommen ist, keine Auswirkung auf die Situation dieses Landes haben wird, ist falsch; und schon gar nicht kann davon ausgegangen werden, dass die Auswirkungen positiv sein werden.

In dieser Hinsicht können wir auf das Beispiel von Peru hinweisen: nach der Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens mit den USA hat Peru zwei Verordnungen verabschiedet, womit die sowohl national wie international anerkannten demokratischen Rechte der ursprünglichen Bewohner der peruanischen Amazonasregion aufgehoben wurden. Die friedlichen Proteste gegen diese Dekrete endete in den blutigen Zusammenstössen, die als «Massaker von Bagua» vom vergangenen Frühjahr bekannt wurden, in der massiven Kriminalisierung der Verteidiger der Rechte der indigenen Völker sowie im Raub der Ländereien der indigenen Völker und der Bauerngemeinschaften.

Was die Situation mit Kolumbien betrifft haben nach unseren Kenntnissen alle Länder, die sich in einer ähnlichen Situation befinden – u.a. Norwegen und die Vereinigten Staaten von Amerika – diese Prozesse eingefroren und eine Ratifizierung von der vollständigen Respektierung der demokratischen Gepflogenheiten und der Menschenrechte abhängig gemacht. So gesehen würde die Ratifizierung des Abkommens durch die Schweiz die Anstrengungen der anderen Länder im Menschenrechtsbereich unterlaufen, was stark an die bedingungslose Unterstützung unseres Landes für das Apartheidregime Südafrikas trotz Boykottmassnahmen der UNO erinnern würde.

Die Unterzeichnung dieses Abkommens wäre deshalb ein absolut inakzeptabler Präzedenzfall, der die antidemokratischen Methoden der kolumbianischen Regierung in ihrer Legitimität bestärken würde.

Muss daran erinnert werden, dass laut Bundesverfassung Art. 54 Abs. 2 die Achtung und Förderung der Menschenrechte Teil der schweizerischen aussenpolitischen Bestrebungen sind? Unser Land ist zudem Depositärstaat der Genfer Konventionen. Als solcher würde die

Schweiz durch die Ratifizierung des obengenannten Abkommens inkohärent handeln, was ihrer Glaubwürdigkeit schaden, ihr internationales Bild der Neutralität und der Rolle der Guten Dienste in Konfliktsituationen ramponieren sowie die Glaubwürdigkeit ihrer aktuellen Projekte der humanitären Zusammenarbeit in Frage stellen würde.

Vor dem aktuellen Hintergrund löst die Ausarbeitung dieses Freihandelsabkommens bei den indigenen, afrokolumbianischen und kleinbäuerlichen Organisationen sowie bei den Gewerkschaften grösste Bedenken aus. Diese Art von Abkommen wird von den betroffenen Bevölkerungsgruppen als eine neue Form von Kolonialismus angesehen, mit dem Ziel, die Aberkennung ihrer Rechte und ihrer Kultur und die Enteignung ihrer Ländereien zu verewigen.

Aus all diesen Gründen bitten wir den Ständerat inständig, die Abstimmung über diese Frage am 24. September aufzuschieben.

Genf, den 22. September 2009

Verein Indigènève, Arbeitsgruppe Schweiz Kolumbien, Centre Europe-Tiers Monde (CETIM) ; Centre culturel Tierra Incognita ; ;Incomindios ; comité jurassien de solidarité avec le peuple Sahraoui ;coordination Climat et Justice Sociale

Kontaktperson: Alain Cassani, alcas@bluewin.ch

Beilagen: Communiqué der ONIC (Nationale Indigene Organisation Kolumbiens)